

„1-Euro-Jobs“

☛ vernichten und verhindern sozialversicherungspflichtige Tarifarbeitsplätze

Bedingt durch den allgemeinen Stellenabbau bei der Stadtverwaltung in Bochum und Herne werden immer mehr ‚1-Euro-Jobs‘ auf Anforderung der Fachämter eingerichtet.

☛ verfälschen die Statistik

(‚1-Euro-Jobber‘ gelten nicht als arbeitslos)

☛ beuten aus (‚1-Euro-Jobber‘ werden nicht ihrer Leistung entsprechend ent-LOHNT, sondern bekommen für ca. 30 Wochenarbeitsstunden nur eine „Aufwandsentschädigung“)

☛ setzen Erwerbslose unter Druck (‚1-Euro-Jobber‘ werden genötigt, die zugewiesenen Jobs anzunehmen, sonst wird der Regelsatz gekürzt)

☛ dienen dem Missbrauch („etwa jeder 2. Betrieb setze einen Teil seiner Zusatzjobber nicht im Sinne des Gesetzes ein“ Quelle: IAB-Forschungsbericht Nr. 2/2007 der Arbeitsagentur)

☛ kosten durchschnittlich 1.444,92 € im Monat

Regelsatz ALG II	345,00 €
Kosten der Unterkunft	288,08 €
Sozialversicherung (pauschal)	215,00 €
Sonstige Leistungen	10,00 €
„Aufwandsentschädigung“ für ‚1-€-Jobber‘ (NRW-Durchschn.)	161,84 €
Trägerpauschale	425,00 €
SUMME	1.444,92 €
Der „1-€-Jobber“ erhält aber nur	794,92 €

„1-Euro-Jobs“

☛ zielen anscheinend nur auf die Erwerbslosen.

In Wahrheit treffen sie die gesamte Arbeitnehmerschaft. Sie höhlen die Tariflöhne durch Lohndumping aus und führen zu Hungerlöhnen.

Von den ARGEn werden jährlich Millionen für Qualifizierungen, Arbeitsmarktförderungen und ‚Betreuungen‘ ausgegeben.

Doch bekommen die Teilnehmer/-innen anschließend Arbeitsplätze?

Meistens nicht !

2006 gaben die ARGEn in Bochum und Herne knapp **35 Millionen Euro** für nicht gebrauchte Qualifizierungs- und Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen zurück.

Würde man nur die Hälfte der jährlichen Arbeitsmarktfördermittel nehmen, dazu die Mittel für Regelsatz, Unterkunft und die ‚1-Euro-Job-Gelder‘ rechnen, könnten davon in Bochum und Herne rund 3.500 Tarifarbeitsplätze geschaffen werden. Jede/r erhielte monatlich ca. 1.150 Euro netto.

Dadurch könnten wichtige sinnvolle Arbeiten u. a. in folgenden gesellschaftlichen Bereichen durchgeführt werden:

- Altenpflege
- Kinderbetreuung, Jugend
- Schulen
- Gesundheit
- Kultur
- Umweltschutz

Diese öffentlichen Beschäftigungsprogramme können nur eine mittelfristige Lösung sein. Langfristig fordern wir die tarifliche Gleichstellung mit den Beschäftigten des 1. Arbeitsmarktes, z.B. über Arbeitszeitverkürzungen oder Umverteilung von Arbeit und Einkommen.